



**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Ortsrat Ramelsloh/ Ohlendorf/ Holtorfsloh**

An  
Gemeinde Seevetal (Karsten Wendt)  
Fraktionen CDU und SPD,  
Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/FWG

**Ergänzende Informationen zur geplanten Gasverdichterstation**

Unter Bezugnahme auf die Beschlussvorlage zur Gasverdichterstation vom 16.11.16 und das Protokoll der Ortsratssitzung vom 17.11.16 erhalten Sie nachstehend eine Zusammenfassung zu den uns bisher vorliegenden Informationen und Erkenntnissen zu der geplanten Gasverdichterstation.

Die Daten zur Auslegung der Anlage wurden von der GASUNIE in den Präsentationen der Infoveranstaltungen vom 20.06.16 und 09.11.16 veröffentlicht und sind unter dem Link

<http://www.hanstedt.de/erdgasverdichterstation/>

abrufbar.

Aufgrund der dort erwähnten Leistungsdaten lassen sich die Umweltbelastungen relativ genau errechnen. Die Gasverdichterstation soll danach mit einer Leistung von 115 MW ausgelegt werden, was einem

Gasverbrauch von 120 Millionen m<sup>3</sup> pro Jahr entspricht,

und jährliche Emissionen von

Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) von 238.000 Tonnen,

Kohlenmonoxid (CO) von 95 Tonnen

und

Stickoxide (NO<sub>x</sub>) von 48 Tonnen

freisetzen würde.

Zur Veranschaulichung:

Umgerechnet auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Kraftfahrzeugen würde dies einer täglichen Verkehrsbelastung von 260.000 Fahrzeugen auf der Strecke von Holtorfsloh nach Hanstedt

entsprechen (10 km). Mit dem Gasverbrauch könnten jährlich gut 60% aller Haushalte im Landkreis Harburg mit Energie versorgt werden.

Der zusätzliche Methanausstoß wird mit 40.000 bis 90.000 m<sup>3</sup> p. a. von der GASUNIE beziffert.

Wenn man die Ziele des Klimagipfels und der Energiewende betrachtet, wirkt das Projekt doch eher anachronistisch.

Aufgrund des Widerstandes verschiedener Bürgerinitiativen hat die GASUNIE im November angekündigt, die Anlage auf Elektrobetrieb umzustellen und sieht "in diesem Angebot eine faire Lösung für die Bevölkerung". Dass die Emissionen damit nicht vermieden, sondern nur an einen anderen Ort verlagert werden, wird nicht erwähnt.

Der Flächenverbrauch, der mit 11 ha prognostiziert wird, ist fraglos ein erheblicher und schwerwiegender Eingriff in Natur und Landschaft. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, wenn die GASUNIE mit angeblicher Transparenz, "gläserner Akte" und bunten Blumenfeldern für sich und das Projekt wirbt.

Die selbst angepriesene Transparenz endet nämlich bereits bei der Frage zur Notwendigkeit dieser Gasverdichterstation.

Nebulös wird das Projekt von der GASUNIE mit der Verpflichtung begründet, "als Fernleitungsnetzbetreiber ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz betreiben zu müssen und, soweit wirtschaftlich zumutbar, bedarfsgerecht auszubauen, um dauerhaft die Nachfrage nach Transportdienstleistungen für Gas befrieden zu können", und man beruft sich dabei auf das Energiewirtschaftsgesetz und den Netzentwicklungsplan Gas (NEP) 2016.

Auch werden in diesem Zusammenhang der Ausstieg aus der Kernenergie und die beschlossene Energiewende angeführt und die Versorgungssicherheit wird infrage gestellt.

Die Informationsveranstaltung am 09.11.16 in Brackel hat gezeigt, wie bedenkenlos die Bevölkerung und auch die Politik dieser Argumentation folgen. Kaum ein Zweifel und kein kritisches Hinterfragen.

Wer sich mit dem Thema etwas näher beschäftigt, stößt schnell auf Ungereimtheiten, die Bedenken an dem gesamten Vorhaben aufkommen lassen.

Bereits die Behauptung, "die Ostseepipeline Nord Stream würde künftig die benötigten Erdgasmengen für Deutschland und Europa zur Verfügung stellen", ist falsch.

Der GASUNIE ist bekannt, dass der Ausbau der Nord Stream 2 und die damit zunehmende Abhängigkeit vom russischen Gas mehr als umstritten ist. Das als Tatsache zu verkaufen, ist Irreführung.

Ferner – so die GASUNIE - sei die Anlage "Bestandteil im Netzentwicklungsplan Gas 2016 (NEP)". Hier wird eine Verpflichtung suggeriert, die es nicht gibt, da der NEP Gas 2016 von

der Bundesnetzagentur bisher nicht genehmigt wurde. Aus der Genehmigung wird im Übrigen auch nicht automatisch eine Verpflichtung.

Dringt man tiefer in die Materie, werden die Zweifel zur Gewissheit. Hier läuft etwas ganz falsch:

Die Gasindustrie will Fakten schaffen, die keine politische Legitimation haben, denn Europa stellt sich gegen die Erweiterung Nord Stream 2 und fordert den Bau zu stoppen. Die Kritik an diesem Projekt ist in Deutschland parteiübergreifend, und die Bundesregierung läuft Gefahr, gegen EU-Recht zu verstoßen. Sie riskiert damit Strafzahlungen in Millionenhöhe. Bekanntlich treffen die Folgen eines solchen Fehlverhaltens den Steuerzahler und nicht die Verantwortlichen.

Weitergehende Informationen zu diesem Thema entnehmen Sie bitte den beigefügten Zeitungsartikeln.

Es ist wohl keine parteipolitisch gefärbte Sicht, wenn man feststellt, dass die Durchsetzung der rein wirtschaftlichen Interessen der Schröder/Putin-Connection durch den Wirtschaftsminister Gabriel gefördert wird, da dieser öffentlich für die Pipeline wirbt und sich damit den europäischen Interessen widersetzt.

Abenteuerlich scheint das Ganze zudem, weil ziemlich alle Genehmigungen – u. a. die der Ostsee-Anrainerstaaten - für die Erweiterung der Nord Stream 2 fehlen, die Rohrleitungen aber bereits geliefert werden.

Fazit:

1. Nord Stream 2 und damit auch die Gasverdichterstation ist kein Beitrag für Europa. Vielmehr richtet sich das Projekt gegen europäische Interessen und ist destabilisierend.
2. Mit Nord Stream 2 würde Deutschland zu mehr als 60 % von einem Gaslieferanten unter autokratischer Führung abhängig werden. Man muss wohl mit dem Klammerbeutel gepudert worden sein, um so etwas ernsthaft zu wollen.
3. Sollte Nord Stream 2 tatsächlich gegen den Willen Europas umgesetzt werden, so wäre eine Legitimation für den Bau der Gasverdichterstation mit den über Jahrzehnte dauernden und exorbitanten Umweltbelastungen dann auch nicht gegeben. Das Projekt Nord Stream ist auf 50 Jahre ausgelegt. Die jährlichen Mehrkosten für den elektrischen Antrieb werden von der GASUNIE mit Mio. 30,0 € beziffert, was bei einer Laufzeit von 50 Jahren die stolze Summe von € 1,5 Milliarden ausmacht. Nimmt man die 1,5 Milliarden € und die ersparten Investitionskosten von € 185,5 Mio. der Verdichterstation, so werden sich wohl 400 Kilometer für eine zweite NEL-Pipeline damit verlegen lassen, womit zumindest die Umwelt auf Dauer geschont wird.

Holtorfsloh, den 02.01.17

gez. Lorenz Rödiger